Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannesgasse 8.
Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 5—6 Uhr.
Für die Rückgabe eingesendeter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Otto Klemm, Universitätsstraße 1,
Louis Lösche, Katharinenstr. 23, p.
nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 19,650.
Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.
incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 20 Pf.
Belegexemplar 10 Pf.
Gebühren für Extrabeilagen
(in Tageblatt-Format gefalzt)
ohne Postbeförderung 60 Mk.
mit Postbeförderung 60 Mk.

Inserate 6gespaltene Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut uns. Preisverzeichniß.
Tabellarischer u. Ziffernsatz nach höherm Tarif.
Reclamen
unter dem Redactionsstrich die 4gespalt. Zeile 50 Pf., vor den Familiennachrichten die 6gespaltene Zeile 40 Pf.
Inserate sind stets an die Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben.
Zahlung praenumerando oder durch Post-nachnahme.

№ 320. Dienstag den 16. November 1886. 80. Jahrgang.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Der **Vorbereitungsgottesdienst** für den zweiten diesjährigen **Bußtag** findet **Donnerstag, den 18. laufenden Monats, Abends 6 Uhr** in der **Matthäikirche** statt.

Leipzig, den 13. November 1886.

Die Kircheninspection für Leipzig.
Der Superintendent. **Der Rath der Stadt Leipzig.**
D. Pank. Dr. Georgi. Kretschmer.

Bekanntmachung.

Zur Ergänzung des mit dem 2. Januar 1887 ausscheidenden Drittheils der Herren Stadtverordneten, ingleichen zur Wiederbesetzung zweier durch Wegfall der Ansässigkeit bezw. Wegzug erledigten Stellen ist die gesetzliche Neuwahl zu veranstalten.

Die deshalb angefertigte und in Druck gegebene Wahlliste liegt vom 17. November bis mit 1. December a. c. in folgenden Geschäftslocalen, deren Inhaber sich der mit der Auflegung und Aushändigung verbundenen Mühwaltung mit dankenswerther Bereitwilligkeit unterzogen haben, als:

bei Herrn **Grünthal**, Tauchaer Straße 23,
" " **Gustav Zehler**, Sternwartenstraße 24,
" " **Franz Wittig**, Windmühlenstraße 1,
" " **F. Bernhard Berger**, Windmühlenstraße 18,
" " **W. H. Leutemann**, Kurprinzstraße 19,
" " **Gebrüder Spillner**, Windmühlenstraße 37,
" " **Bruno Engeberg**, Südplatz 2,
" " **August Tharichen**, Naundörfchen 1,
" " **Julius Hoffmann**, Petersteinweg 3,
" " **Paul Göße**, Petersteinweg 10,
" " **Paul Krüger**, Königsplatz 13,
" " **Carl Golzsch**, Gerberstraße 11,
" " **Gustav Zuckuff**, Hainstraße 31, Brühl 2,
" " **C. F. Schubert Nachf.**, Brühl 53,
" " **Gustav Nus**, Grimmaische Straße 32,
" " **Albert Anders**, Grimmaische Straße 12,
" " **Ernst Landschreiber**, Petersstraße 27,
" " **Oskar Herbst**, Südstraße 19,

aus und wird vom 17. November ab auf Verlangen nicht nur in diesen Geschäftslocalen, sondern auch im Rathhause, 1. Stock, in der Rathsnuntiatur, den Stimmberechtigten in je einem Exemplare ausgehändigt.

Bis zu Ende des **siebenten** Tages nach Bekanntmachung und Beginn der Auslegung, also **bis mit**

Dienstag, den 23. November, Nachmittags 6 Uhr

steht jedem Betheiligten frei, gegen die Wahlliste bei dem unterzeichneten Rathe und zwar **Stadthaus, Obstmarkt 3, 1. Etage**, Zimmer Nr. 82, Einspruch zu erheben, über welchen dann binnen der nächsten sieben Tage Entschließung gefaßt und dem Einsprechenden eröffnet werden wird. Nach Ablauf obiger 14 Tage wird die Wahlliste geschlossen und ist den zu diesem Zeitpuncte etwa noch nicht erledigten Einsprüchen für die bevorstehende Wahl keine weitere Folge zu geben, **auch können Bürger, welche in der geschlossenen Liste nicht eingetragen sind, an der Wahl nicht theilnehmen.**

Die **Wahl** selbst ist direct und hat jeder Abstimmende 11 ansässige und 11 unansässige Bürger zu wählen; sie erfolgt durch Stimmzettel, welche bei der Abgabe unentfaltet in ein verschlossenes Behältniß einzulegen sind. Auf denselben sind die zu Wählenden so zu bezeichnen, daß über deren Person kein Zweifel übrig bleibt. Insoweit Stimmzettel dieser Vorschrift nicht entsprechen, oder Namen Nichtwählbarer enthalten, sind dieselben ungiltig. Werden zu viele oder zu wenige Namen, also die Namen von mehr oder weniger Hausbesitzern und Unansässigen, als oben angegeben, auf einem Stimmzettel gefunden, so wird hierdurch zwar die Giltigkeit desselben nicht aufgehoben, es sind aber die überzähligen Namen als nicht vorhanden anzusehen.

Die Stimmzettel sind an einem der hierzu festgesetzten zwei Wahltage

Donnerstag und Freitag, den 2. und 3. Decbr.

in der Zeit von **früh 9 Uhr ununterbrochen bis Nachmittags 6 Uhr in dem Parterresaal der Buchhändlerbörse** vor dem Wahlausschusse von den Abstimmenden **in Person** bei Verlust des Stimmrechts für diese Wahl abzugeben und ist es **im Interesse einer raschen** Abfertigung sehr wünschenswerth,

1. daß vorzugsweise der erste Tag von allen den Wählern, denen derselbe irgend paßt, zur Stimmabgabe benutzt wird, da außerdem erfahrungsmäßig immer am letzten Tage ein allzu großer, die Abfertigung verzögernder Andrang zu den Stimmkästen stattfindet, und
2. daß jeder Wähler an der Urne die seinem Namen in der Wahlliste voranstehende Listennummer angiebt.

Hierbei bitten wir noch zu beachten, daß an der Urne I die Ansässigen, an Urne II, III und IV aber die Unansässigen und zwar an II die Buchstaben A bis mit H, an III die Buchstaben J bis mit R, an IV die Buchstaben S bis mit Z abstimmen.

Nach Auszählung der Stimmzettel werden die Gewählten durch den Wahlausschuß von der Wahl benachrichtigt.

Leipzig, am 4. November 1886.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Heuschel.

Bekanntmachung.

Der Preis für den in der zweiten Gasanstalt der Stadt Leipzig erzeugten Koks beträgt loco Gasanstalt II.

für den Hektoliter Steinkohlen-Großkoks 1 ℳ
" " " Kleinkoks 75 ₰
" " " Braunkohlenkoks 50 "
" " " Steinkohlenkoks-Grus 25 "

Preis des Steinkohlen-Großkoks und vom Grus bei Abnahme größerer Posten nach Vereinbarung.

Die Marken zur Koks- und Grus-Entnahme sind gegen Baarzahlung, soweit die Vorräthe an Koks ꝛc. reichen, im Bureau der zweiten Gasanstalt zu erhalten.

Leipzig, am 13. November 1886.

Des Raths Deputation zu den Gasanstalten.

Ia 6310.

Bekanntmachung.

An den hiesigen Bezirksschulen sind nächste Ostern **21 provisorische Lehrerstellen** zu besetzen, mit denen ein jährlicher Gehalt von je 1400 ℳ verbunden ist.

Bewerber, welche die Wahlfähigkeitsprüfung bestanden haben oder bis Ende des Jahres zu bestehen gedenken, wollen Gesuche und Zeugnisse bis Ende dieses Monats bei uns einreichen.

Leipzig, am 1. November 1886.

Der Schulausschuß der Stadt Leipzig.
Dr. Panitz. Lehnert.

Diebstahls-Bekanntmachung.

Gestohlen wurden hier erstatteter Anzeige zufolge:

1) **2 Kinderbettchen**, eins mit weißem, eins mit weiß- und rothgestreiftem Ueberzug, beide mit roth- und weißgestreiftem Inlet, aus einem Kinderwagen im Hofe Nr. 28 der Weststraße, am 6. dss. Mts. Abends;

2) **ein breites roth- und weißgestreiftes Unterbett**, aus einem Zimmer des Gasthauses Nr. 1 der Halleschen Straße, am 8. dss. Mts. Nachmittags;

3) **ein rothes Deckbett, 5 rothe Kopfkissen**, „B. F.“ gez., ein rothweiß- und blaucarrirter Ueberzug, mit „K“ gestempelt, aus einer Bodenkammer in Nr. 118d der Kronprinzstraße, vor dem 31. vor. Mts.;

4) ein **Kutscherpelz**, ziemlich neu, mit schwarzem Tuchbezug, 2 Reihen schwarzen Hornknöpfen und Tuchgurt, Futter, Kragen und Aufschläge von schwarzem Schaffell, von einem Stallboden in Nr. 70 der Südstraße, vom 8. bis 9. dss. Mts.;

5) ein olivenfarbiger **Winterüberzieher**, neu, mit braunem Sammetkragen, verdeckter Knopfreihe, schwarz- und rothgestreiftem Aermelfutter und Kettchenhenkel, worunter der Name „Schubothe, Colln“, aus einem Tanzsaale der Centralhalle, am 7. dss. Mts.;

6) ein **Winterüberzieher** von braunem glatten Stoff mit Sammetkragen, einer Reihe Knöpfen mit verdeckter Knopfreihe, weißem Flanellfutter und Kettchenhenkel, in demselben ein weißes **Taschentuch**, „J. K.“ gez., aus der Garderobe des Anatomiegebäudes in Nr. 13 der Liebigstraße, am 13. dss. Mts. Vormittags;

7) eine goldene **Brosche** in Schmetterlingsform, mit einem Rubin und Brillanten besetzt, sowie ein breiter goldener **Damenring** mit Diamantrose, aus einer Wohnung in Nr. 1 der Eisenbahnstraße, am 10. dss. Mts.;

8) ein **Winterüberzieher** von schwarzem, glattem, mit rothen Fäden durchwirkten Stoff mit einer Reihe schwarzer Steinnußknöpfe und ein schwarzer steifer **Filzhut**, mit der Firma „F. H. Trautel“ im Futter, aus einem Gastlocale in Nr. 52 des Brühls am 14. dss. Mts. Nachmittags.

Etwaige Wahrnehmungen über den Verbleib der gestohlenen Gegenstände oder den Thäter sind ungesäumt bei unserer Criminal-Abtheilung zur Anzeige zu bringen.

Leipzig, am 15. November 1886.

Das Polizei-Amt der Stadt Leipzig.
Bretschneider. K.

Generalversammlung

der Ortskrankencasse I
für die Industrie der Steine und Erden zu Leipzig und Umgegend
Freitag, den 26. November 1886, Abends 7 Uhr
im Bureau des Verbandes, Weststraße Nr. 32, I., Zimmer 5.

Tagesordnung:

I. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
II. Vorlegung des Statuts der zukünftigen gemeinsamen Ortskrankencasse, in Gemäßheit des auf Verschmelzung mit den übrigen Ortskrankencassen gerichteten Generalversammlungsbeschlusses vom 29. März dieses Jahres.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 13. November 1886.

Ebnig, Vorsitzender. Kap.

Generalversammlung

der Ortskrankencasse II
(Metallarbeiter) zu Leipzig und Umgegend
Sonnabend, den 27. November 1886, Abends 8 Uhr
Bureau des Verbandes Weststraße Nr. 32, I., Zimmer 5.

Tagesordnung:

I. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
II. Vorlegung des Statuts der zukünftigen gemeinsamen Ortskrankencasse in Gemäßheit des auf Verschmelzung mit den übrigen Ortskrankencassen gerichteten Generalversammlungsbeschlusses vom 31. März dieses Jahres.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 15. November 1886.

Richard Heine, Vorsitzender. Kap.

Generalversammlung

der Ortskrankencasse VI
für die Papier-, Leder- und Gummi-Industrie zu Leipzig und Umgegend
Mittwoch, den 24. November 1886, Abends 8 Uhr.
Bureau des Verbandes Weststraße Nr. 32, I., Zimmer 5.

Tagesordnung:

I. Wahl des Ausschusses zur Prüfung und Rechnung des laufenden Jahres.
II. Vorlegung des Statuts der zukünftigen gemeinsamen Ortskrankencasse, in Gemäßheit des auf Verschmelzung mit den übrigen Ortskrankencassen gerichteten Generalversammlungsbeschlusses vom 24. März dieses Jahres.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 13. November 1886.

Alfred Göhring, Vorsitzender. Kap.

Generalversammlung

der Ortskrankencasse IX
für die Industrie der Genußmittel zu Leipzig und Umgegend
Freitag den 26. November 1886, Abends ½9 Uhr
Stadt Berlin, Klostergasse Nr. 2.

Tagesordnung:

I. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
II. Vorlegung des Statuts der zukünftigen gemeinsamen Ortskrankencasse, in Gemäßheit des auf Verschmelzung mit den übrigen Ortskrankencassen gerichteten Generalversammlungsbeschlusses vom 12. April dieses Jahres.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 15. November 1886.

Paul Gallenge, Vorsitzender. Kap.

Generalversammlung

der Ortskrankencasse XIV
für das Baugewerbe zu Leipzig und Umgegend
Donnerstag, den 25. November 1886, Nachm. ½6 Uhr
Restaurant Treitschke, Schulstraße 14.

Tagesordnung:

I. Wahl des Ausschusses zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres.
II. Vorlegung des Statuts der zukünftigen gemeinsamen Ortskrankencasse, in Gemäßheit des auf Verschmelzung mit den übrigen Ortskrankencassen gerichteten Generalversammlungsbeschlusses vom 23. März dieses Jahres.

Theilnehmer an der Versammlung sind die Herren Vertreter der Mitglieder und der Arbeitgeber.

Leipzig, den 13. November 1886.

Roß, Vorsitzender. Kap.

Nichtamtlicher Theil.

Centrumsschmerzen.

* Der Ausfall der Landtagswahl im Wahlkreise Hünfeld-Gersfeld macht den Führern des Centrums viel Pein. Sie finden es schier undenkbar, daß nicht der klerikale Candidat, sondern ein conservativer Landrath die politische Erbschaft des verstorbenen Centrumsmitgliedes Rühsam angetreten hat. Die gehässigsten Anschuldigungen werden in der ultramontanen Parteipresse gegen den dortigen Klerus und seinen obersten Leiter, den Bischof Dr. Kopp von Fulda, erhoben, und die „Germania“ versteigt sich sogar zu der komisch klingenden Versicherung, sie übernehme die Garantie dafür, daß sich ein ähnliches unerhörtes Factum in einem Centrumswahlkreise nicht wiederholen werde.

Bemerkenswerth ist das Hünfelder Wahlresultat immerhin, zumal es sich um eine Ersatzwahl handelt. Da bis auf einen verschwindenden Bruchtheil dabei dieselben Wahlmänner abstimmen wie bei der ersten Wahl, so muß ein großer Theil derselben einen Frontwechsel vollzogen, aus dem ultramontanen in das conservative Lager übergegangen sein. Diese Abschwenkung ist allerdings ein schroffes Mißtrauensvotum der Wähler für die verbissene reichsfeindliche Oppositionspolitik der Herren Windthorst und Genossen, ein unheilvolles Mene Tekel für den „Thurm des Centrums“, ein classischer Beweis für die Richtigkeit der nationalliberalen Kirchenpolitik, welche immer auf dem Grundsatze basirte, daß die agitatorische Verhetzung der katholischen Wähler durch die ultramontanen Führer von selbst ihre Wirkung verlieren würde, wenn nur der Staat consequent und ruhig seinen Weg verfolgt.

Im Ernst wird Niemand das von der klerikalen Parteipresse mit gewisser Ostentation verbreitete Märchen glauben, daß der Bischof von Fulda im Wahlkreise Hünfeld-Gersfeld für den conservativen Candidaten gegen den Centrumsmann agitirt habe. Dr. Kopp mag kein Freund Windthorst'scher Taktik sein, er mag hier und da im vertraulichen Gespräch mit hochgestellten und einflußreichen Personen sich nicht allzu enthusiastisch über das Centrum ausgesprochen haben, aber derlei feine Variationen im diplomatischen Meinungsaustausch trägt kein katholischer Prälat von heute in die Massen, macht sie nicht zur Losung für die Wahl. Ebensowenig aber ist der Wahlsieg des Landraths Krekeler ein Erfolg der allzu großen Nachgiebigkeit der preußischen Staatsregierung gegen die vaticanischen Forderungen im kirchenpolitischen Kampfe. Viel eher könnte man die ganze Aufsehen erregende Ersatzwahl als ein mit Berechnung in der Diöcese des „Friedensbischofs“ in Scene gesetztes jesuitisches Manöver ansehen, um auf der einen Seite der Regierung durch diesen hingeworfenen Köder immer mehr Lust zu weiterer Nachgiebigkeit gegen die Curie auf Kosten des Staates zu machen, in der Hoffnung, mehr conservative Landräthe an die Stelle ultramontaner Oppositionsmänner zu setzen, und um auf der anderen Seite durch dieses Mandatsopfer die katholischen Wähler der übrigen Centrumswahlkreise wieder empfänglicher für die klerikalen Agitationen, wieder geneigter für eine Oppositionspolitik à la Windthorst, wieder erregter zum Kampfe mit der staatlichen Gewalt zu machen. Es wäre gar nicht schwer, einen ideellen Zusammenhang zu construiren zwischen dem Ergebniß der Hünfelder Landtagswahl und den klerikalen Manövern bei der Bischofswahl in Culm. Die officiöse Note, daß die landesherrliche Genehmigung bisher für diese Wahl noch gar nicht nachgesucht sei, dieses Gesuch also von klerikaler Seite auffallend verzögert werde, giebt in dieser Hinsicht Manches zu denken.

Indessen wir sind keine Freunde künstlicher Interpretationen natürlicher Ereignisse. Die Hünfelder Wahlmänner haben **conservativ** gewählt, weil sie die Oppositionspolitik des Centrums nicht mehr billigen und weil der conservative Candidat ihren kirchlichen Wünschen am weitesten Rechnung zu tragen versprach. Wir haben den Eintritt einer solchen Wandlung in den ultramontanen Wahlkreisen vom Anfang des Culturkampfes an vorausgesetzt und immer davor gewarnt, daß die staatlichen Gewalten Geduld und Ausdauer verlieren, wenn der Eintritt dieses Zeitpunctes ziemlich lange auf sich warten lasse. Dieser Umschwung würde dem consequenten Staate gegenüber mit der Zeit auch eingetreten sein, wenn nicht ein Conservativer extremster Richtung, wie der Landrath Krekeler, dem ultramontanen Candidaten entgegenträte.

Eines aber wird die preußische Regierung wohl aus der Haltung der ultramontanen Presse bei dieser Gelegenheit ersehen haben, was wir immer behaupteten, nämlich, daß mit den Ultramontanen trotz aller Nachgiebigkeit auf kirchenpolitischem Gebiete kein ewiger Bund zu flechten sei. Weshalb sind denn die Centrumsmänner so erbittert über die Wahl des Herrn Krekeler? Muß er nicht ganz ein Mann nach ihrem Herzen sein? Er verspricht, in seiner parlamentarischen Wirksamkeit dafür einzutreten, daß auf kirchenpolitischem Gebiete der status quo ante hergestellt werde, d. h. Wiederherstellung der katholischen Abtheilung im Cultusministerium und der aufgehobenen Verfassungsparagraphen, Rückkehr aller Orden, auch der Jesuiten ꝛc. Kann es nun der katholischen Hierarchie nicht gleichgiltig sein, ob ein Mann dieses augenblickliche Programm des Centrums in den Reihen der Conservativen vertritt? Muß ihr dieses nicht vielmehr angenehmer sein? Trotzdem Erbitterung und Erregung im ganzen klerikalen Lager über diese Wahl! Sollte etwa doch ein geheimes Programm des Centrums neben dem offenen proclamirten bestehen? Sollte dieses noch über die Wiederherstellung des status quo ante hinausgehen und sollte man dessen Verwirklichung durch Opposition um jeden Preis schon ins Auge gefaßt haben für den nahen Augenblick, wo die Forderungen des gegenwärtigen Centrumsprogramms von der Regierung erfüllt sind? Für diesen Zweck kann man allerdings einen Conservativen, einen preußischen Landrath selbst mit den kirchenpolitischen Ansichten des Herrn Krekeler nicht brauchen.

Für die preußische Regierung ist **das aber eine Warnung**, auf dem bisherigen Wege schädlicher Nachgiebigkeit gegen hierarchische Ansprüche fortzuschreiten. Mit jedem Schritt schwächt sie die eigene, stärkt sie die Position der Gegner. Je mehr sie giebt, desto mehr verlangt Rom, desto mehr sucht es dem Staate durch eine verbissene klerikale Opposition im Parlament abzutrotzen. So viel hat die Regierung schon der Curie zu Willen gethan, und dennoch dieses Gezeter über eine nicht durchaus oppositionelle Wahl! Die klerikale Armee soll immer in voller Präsenzstärke und kampfbereit bleiben, kein Friedensschluß wird in Aussicht genommen. Das Friedensbedürfniß in Rom kann nur durch eine autonome, consequente Kirchenpolitik des Staates erweckt werden, wie sie die Nationalliberalen von Anfang an vertreten und wie sie die Regierung hoffentlich unter Berücksichtigung aller berechtigten religiösen Interessen und der Gewissensfreiheit der katholischen Staatsbürger wieder aufnehmen wird, wenn sie sich jetzt wieder überzeugt hat, daß keine Connivenz die Kampflust, das Oppositionsbedürfniß und die Feindschaft der ultramontanen Führer gegen den modernen Staat, gegen das protestantische deutsche Kaiserthum zu mildern, geschweige denn zu beseitigen im Stande ist. Auch die bisherigen, im Stile des Demagogenthums gehaltenen Glossen, mit welchen die Organe Richter'scher Observanz die Schmerzen des Centrums über die Hünfelder Wahl begleiten, sollten sie darüber belehren, daß keine deutsche Regierungspolitik sich dauernd auf das Centrum stützen kann.

Zur bulgarischen Frage.

Zwei wichtige Thatsachen bezeichnen den gegenwärtigen Stand der bulgarischen Frage: die Ablehnung der Wahl des Prinzen Waldemar von Dänemark zum Fürsten von Bulgarien und die Erklärungen des Grafen Kalnoky im Ausschuß der ungarischen Delegation für die auswärtigen Angelegenheiten. Beides dient dazu, einen vorläufigen Abschluß herbeizuführen und das Einlenken in ruhigere Bahnen zu ermöglichen. Die Ablehnung der Wahl des Prinzen Waldemar durch seinen Vater, den König von Dänemark, ist keine endgiltige, sondern sie ist nur mit Rücksicht auf die gegenwärtigen Umstände erfolgt. Wenn also die Verhältnisse sich günstiger gestaltet haben, dann ist die Möglichkeit der Thronbesteigung des Prinzen Waldemar in Sofia noch keineswegs ausgeschlossen. Von russischer Seite sind bereits Andeutungen gemacht, unter welchen Bedingungen sich auf die Candidatur des Prinzen Waldemar zurückkommen ließe. Vor allen Dingen müsse die Wahl unter einer anderen Regierung und von einer neugewählten Sobranje vorgenommen werden. Jedenfalls wird noch längere Zeit vergehen, bis die Fürstenwahl wieder auf der politischen Tagesordnung Bulgariens erscheint. Vorläufig hat die Sobranje sich auf unbestimmte Zeit vertagt, nachdem sie ihre Bestimmung erfüllt hatte, die Fürstenwahl vorzunehmen. Daß der gewählte Candidat die Wahl nicht angenommen hat, ist ein Umstand, auf welchen die bulgarische Volksvertretung keine Einwirkung zu üben vermochte, sie wie die Regentschaft haben das Ihrige gethan, um dem Lande wieder feste Zustände zu geben, während Rußland Alles aufgeboten hat, um in Bulgarien Verwirrung zu schaffen und Alles aus Rand und Band zu bringen. Die Regentschaft hat nach der Ablehnung des Königs von Dänemark für seinen Sohn ihren Auftrag in die Hände der Volksvertretung zurückgegeben, und diese hat die Regenten Stambulow und Mutkurow in Anerkennung ihrer großen Verdienste um ihr Vaterland mit der Fortführung ihrer Aemter beauftragt und an Stelle des ausgeschiedenen Karawelow als dritten Regenten Schikow gewählt. Durch diesen Act hat die Regentschaft an Festigkeit und Sicherheit ihrer Stellung gewonnen, sie hat nach mehr als zweimonatlicher Regierung unter den schwierigsten Verhältnissen die Anerkennung des bulgarischen Volkes erhalten, daß sie ihre Pflicht gethan habe, und das will mehr bedeuten als die Nichtanerkennung seitens Rußlands.

Die Erklärungen des Grafen Kalnoky sind nach drei Richtungen hin bedeutungsvoll. Zunächst bilden sie eine werthvolle Friedensbürgschaft, indem sie es als die Hauptaufgabe Oesterreichs und seiner Verbündeten bezeichnen, den Frieden aufrecht zu erhalten und die bulgarische Frage im Einverständniß mit den übrigen Vertragsmächten auf friedlichem Wege zu lösen. Ferner geht daraus hervor, daß Oesterreich-Ungarn mit England, Deutschland und Italien einverstanden ist, daß der Berliner Friedensvertrag auch in Zukunft die Grundlage für die Gestaltung der orientalischen Verhältnisse bilden, daß also Bulgarien ein autonomes Fürstenthum im Vasallenverhältniß zur Türkei bleiben müsse, und daß dort keine dritte Macht das Protectorat ausüben dürfe. Damit sind die Grenzen für die Aufrechthaltung des Friedens auf der Balkanhalbinsel gezogen. Endlich hat Bulgarien durch die Erklärungen des Grafen Kalnoky die beruhigende Gewißheit erhalten, daß es in seinem Streben nach Bewahrung seiner Selbstständigkeit und Unabhängigkeit auf die Unterstützung der Mächte zählen kann.

Unter solchen Umständen erscheint die Sendung des Generals Kaulbars in einem ganz anderen Lichte als bisher. Soviel Verwirrung dieser Abgesandte Rußlands auch in Bulgarien angerichtet, so große Entrüstung sein Auftreten auch überall erregt hat, so sind doch die Befürchtungen, welche durch seine Uebergriffe wachgerufen wurden, unbegründet gewesen. Graf Kalnoky nennt die Sendung des Generals eine vorübergehende, die kaum tiefer gehende Spuren zurücklassen werde. General Kaulbars muß sich also höchst wahrscheinlich mit dem bisher Erreichten zufriedengeben und seine Sendung in der Hauptsache als beendet, außerdem aber auch als verfehlt betrachten, denn die militairische Besetzung, welche er bereits angekündigt hatte, wird sich nicht daraus entwickeln, und der Umsturz des Bestehenden ist ihm trotz der großen Machtmittel, welche Rußland zu Gebote stehen, nicht gelungen. Im Gegentheil stehen heute Regentschaft und Ministerium in Bulgarien fester als zuvor, und sie sind in der Lage, von ihren Befugnissen den geeigneten Gebrauch zu machen. Es ist diese veränderte Sachlage schon bei dem Verfahren gegen Nabokow und Genossen zu Tage getreten, die Vollziehung des Todesurtheils an diesem Aufrührer und Hochverräther ist nur durch die mit Rußland und den übrigen Mächten bestehenden Ver-

SLUB
Wir führen Wissen.